

# Freiheit statt Vollbeschäftigung

Sascha Liebermann

## Schlagworte, Polemik, Kampfbegriffe – wozu dienen sie, was können sie leisten und wo behindern sie?<sup>1</sup>

### **Vorbemerkung**

In öffentlichen Diskussionen, auch in denen um ein bedingungsloses Grundeinkommen, spielen Schlagworte eine große Rolle. Mit ihrer Hilfe werden Positionen markiert. Solche Schlagworte sind durchaus sinnvoll, wenn sie es vermögen, durch polemische Zuspitzung einen Vorschlag deutlicher erkennbar zu machen, als es durch umständliche Darlegungen gelingen könnte. Durch polemische Zuspitzung werden Unterschiede prägnant und für diejenigen, die sich eine Meinung zu einer Frage von öffentlichem Interesse bilden wollen, einfacher greifbar. So klärend aber Polemik sein kann, so hilfreich Schlagworte sein können, beide bergen auch stets die Gefahr, an der Sache vorbeizugehen, sie zu vernebeln, so dass kaum mehr zu erkennen ist, welchen Sachgehalt die Schlagworte noch haben. Polemik gelingt also nur, wenn in ihr noch Argumente in Verdichtung zu erkennen sind, Schlagworte taugen nur, wo sie einen Sachgehalt noch begreifbar machen. Werden Schlagworte jedoch zu Kampfbegriffen, verlieren sie ihre klärende Kraft; Unterschiedliches wird, um der Bekämpfung willen, in einen Topf geworfen und darauf dann das Schlagwort geklebt. Dazu eignet sich eines am besten, das bestimmte Vorurteile aufgreifen oder sich an sie dranhängen kann. Unliebsame Gegner können – auch mit Hilfe sogenannter wissenschaftlicher Expertise oder der Berufung auf Autorität – abgestempelt werden. Damit bleibt zwar hinsichtlich der Vorurteile, die sich erhalten konnten, alles beim Alten, was Manchen durchaus beruhigt; es wird aber auch das Entstehen von Neuem verhindert oder zumindest erschwert.

Neben der Herausforderung, prägnant zu sein, statt den argumentativen Gegner in die Ecke zu stellen, gibt es eine weitere. Nicht selten werden verschiedene Diskussionsgegenstände durcheinander geworfen. Nehmen wir das Thema des Workshops, für den dieser Text ursprünglich verfasst wurde, als Beispiel. Wenn es darum gehen soll zu klären, ob das Grundeinkommen „sozial, liberal, neoliberal oder was“ sei, dann müssen wir zuerst fragen, wie die Frage gemeint ist, worauf sie zielt? 1) Zielt sie darauf, eine ideengeschichtliche Einordnung vorzunehmen, dann geht es darum, das Grundeinkommen mit *Ideen* und ihrem Gebrauch in historischen Zusammenhängen zu vergleichen? 2) Zielt sie darauf zu vergleichen, in welchem Verhältnis *Ideen* und *Wirklichkeit* zueinander stehen, ob etwa der ideengeschichtlichen Entwicklung eine realgeschichtliche entspricht? 3) Oder zielt sie darauf, die *Wirklichkeit selbst*, das Handeln der Menschen, unter die Lupe zu nehmen, sie begrifflich prägnant zu fassen? Alle drei Fragen zielen auf unterschiedliche Gegenstände, sie müssen in der Diskussion auseinandergehalten werden. Wichtig ist diese Unterscheidung, weil sich *Ideen* oder *Theorien* auch ohne irgendeinen sachlichen Bezug zur Wirklichkeit am Leben erhalten. In der öffentli-

---

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung meiner Thesen zum Workshop 1, *Grundeinkommen - sozial, liberal, neoliberal oder was?*, geleitet von Ronald Blaschke, anlässlich des 3. Grundeinkommenskongresses vom 24.-26 Oktober 2008 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

chen wie auch wissenschaftlichen Diskussionen gewinnt man schnell den Eindruck, dass diese drei Fragen nicht immer genügend voneinander unterschieden werden und damit nicht Klärung erleichtert, sondern erschwert wird.<sup>2</sup>

Ich möchte mich im Folgenden auf die dritte Frage konzentrieren und einige Thesen dazu vortragen, wie wenig sich die auch in der Grundeinkommensdiskussion bemühten Schlagworte „sozial, neoliberal, liberal“ für eine Klärung eignen. Sie gehen in vielerlei Hinsicht an den Problemen, über die diskutiert wird, vorbei und erreichen gerade nicht, was das bedingungslose Grundeinkommen auszeichnet: festgefahrener Lagerdenken zu überschreiten.

## Thesen

1. Was unter dem Attribut neoliberal zu verstehen sein soll, ist äußerst heterogen. Das Schlagwort umgreift teils unvereinbare Positionen. Sie reichen von derjenigen, die dem Staat ausdrücklich Ordnungsaufgaben zuschreibt (z.B. Ordoliberalen), bis zu solchen, die ihm ein Interventionsrecht nur angesichts wettbewerbsgefährdender Entwicklungen zugestehen (z.B. Milton Friedman). Während die einen also die regulierenden Aufgaben des Staates herausheben (auch sie unterscheiden sich wieder untereinander), damit ein Markt sich überhaupt konstituieren kann, sehen andere in ihm nur die Feuerwehr, nach der nun in der Finanzkrise oft gerufen wird. Das Schlagwort wird also für denkbar weit auseinanderliegende Positionen gebraucht, die vor allem miteinander gemeinsam haben, als neoliberal eingeordnet zu werden.<sup>3</sup> Für eine prägnante Unterscheidung taugt diese Bandbreite an Bedeutungen nicht. Wozu es also überhaupt verwenden? Bei alledem gilt es zu bedenken, dass in der deutschen Diskussion keine relevante politische Kraft einen Feuerwehrstaat befürwortet, nicht einmal die FDP, könnte sie sonst kaum für ein Bürgergeld ihrer Denkungsart votieren. ALG II ist vor allem Ausdruck einer weiteren bürokratischen Bevormundung, nicht aber steht es für das Vorherrschen einer Marktideologie. Wenn schon, dann geht es um eine Erwerbsideologie.
2. Liberal kann heißen ‚markoliberal‘, dann entspricht es der Position, die heute auch als neoliberal bezeichnet wird. Liberal kann aber auch heißen ‚politisch liberal‘, dann steht es für die republikanische Tradition, der es um den Schutz und die Förderung der Selbstbestimmung der Bürger im Sinne des Gemeinwohls, der res publica, geht. Beide

---

<sup>2</sup> Hinzufügen könnte man ein weiteres Problem: dass nämlich zu wenig zwischen politisch-praktischen und wissenschaftlichen Argumentationen unterschieden wird. Sie unterscheiden sich dahingehend, ob für die Umsetzung eines Vorschlages argumentiert wird, weil der Befürworter ihn für richtig und die Folgen seiner Umsetzung für wünschenswert hält – hierbei geht es um eine Werthaltung und ein Werturteil (politisch-praktisch). Oder geht es darum, einen Vorschlag vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse auf mögliche Folgen im Falle einer Umsetzung zu untersuchen – dabei geht es um ein analytisches Urteil (wissenschaftlich).

<sup>3</sup> Welche heterogene Positionen unter das Schlagwort Neoliberalismus subsumiert werden, darauf hat – wenn auch mit anderer Stossrichtung in der Argumentation – Bernhard Walpen hingewiesen. Vgl. „Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus“, in: *utopie kreativ*, Heft 121/122 (November/Dezember 2000), S. 1066-1079

([http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/walpen121122.pdf](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/walpen121122.pdf)). Peter Ulrich legt in aller Klarheit dar, wo die Trennlinie zwischen ordoliberalen und neoliberalen Argumenten verläuft, wenngleich noch nach dem Zweiten Weltkrieg ordoliberalen sich selbst als Neoliberalen bezeichneten, vgl. *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, Haupt Verlag 2008, S. 368 ff. Mit Wissenschaft hat es nichts, mit Politik viel zu tun, wenn Neoliberalismus einfach so definiert wird, wie es den eigenen Anschauungen gefällt.

Liberalismen sind denkbar verschieden, für den einen gilt der Marktteilnehmer, für den anderen der Bürger, der citoyen, als Fundament des Gemeinwesens.

3. Sozial – mit diesem Attribut erklären sich Viele sogleich einverstanden. Auch seine Bedeutung ist schimmernd und reicht von bevormundenden bis zu autonomiefördernden Vorstellungen. Sozial kann heißen, dass der Staat Aufgaben wahrzunehmen hat, um die Möglichkeiten der Individuierung seiner Bürger zu stärken, um ihre Integrität zu schützen und ihnen Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Es bleibt aber ihnen überlassen, wohin sie streben wollen. Sozial kann jedoch genauso heißen, dem Einzelnen bestimmte Lebensziele im Namen eines vermeintlich höheren Zwecks verpflichtend aufzuerlegen, sei es Erwerbsarbeit, sei es Bildung – letztere wird dann schnell zur Volkserziehung. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und neuerdings vom DGB zu hören „Sozial ist, was ‚gute Arbeit‘ schafft“ sind das Gegenteil von „Sozial ist, was Freiheit schafft“.
4. Für neoliberal wird es gehalten, die Bürger zur Erwerbsarbeit zu aktivieren; für sozial hingegen, Arbeitsstunden umzuverteilen. Beide Vorschläge aber halten an einem Ziel – nur mit unterschiedlichen Mitteln – fest: möglichst alle erwachsenen erwerbsfähigen Bürger in Erwerbsarbeit zu bringen. Wäre dies nicht das Ziel, bräuchten Arbeitsstunden auch nicht umverteilt zu werden. Beide Vorschläge aber sind gegen die Selbstbestimmung der Bürger als Bürger und verherrlichen Erwerbsarbeit. Statt eines sogenannten Arbeitsplatzes benötigen wir hingegen Einkommen.
5. Als sozial gilt es, Mindestlöhne auch nach Einführung eines BGE zu definieren, damit ein Lohnsenkungswettbewerb verhindert wird. Als neoliberal gilt es, auf Mindestlöhne zu verzichten, selbst wenn das BGE ausreichend hoch ist, um von ihm leben und auf dieser Basis verhandeln zu können. Wenn Mindestlöhne aber zum Schutz der Bürger vor Einkommensengpässen nicht notwendig sind, dann nehmen sie den Bürgern Verantwortung aus der Hand und sind auf ihre Weise genauso paternalistisch, wie es die Reduzierung der Bürger auf Marktteilnehmer ist.
6. Die Abschaffung von verpflichtender Renten- und Arbeitslosenversicherung bei Einführung eines BGE wird als neoliberal bezeichnet, da staatliche Aufgaben auf ein Mindestmaß reduziert würden. Die Beibehaltung hingegen wird als sozial betrachtet, obwohl sie die Gleichheit der Bürger unterläuft und Lebensstandardunterschiede befestigt, wie es heutige Sozialversicherungen tun. Dabei wäre es geboten, zwischen Einkommens- und Lebensstandardsicherung zu unterscheiden, erstere als Aufgabe des Gemeinwesens, letztere als die jedes Einzelnen zu betrachten.
7. Als sozial gilt die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber – als neoliberal hingegen die Finanzierung der Sicherungssysteme aus dem Steueraufkommen. Doch ist es eine Illusion, dass diese Parität je bestehen kann, da Unternehmen alle Kosten, die sie haben, nur durch den Absatz von Gütern decken können. Der Verbraucher zahlt, was paritätisch scheint. Zudem bürdet die Vorstellung einer Beteiligung der Unternehmen an der Sozialversicherung ihnen Verantwortung für etwas auf, das nicht sie, sondern das Gemeinwesen bereitzustellen hat.
8. Neoliberal kann heißen, die allgemeine Schulpflicht abzuschaffen, wie es Milton Friedman gefordert hat. Manche setzen die Abschaffung der Schulpflicht damit gleich, Bildungsaufstiege derer zu verhindern, die kein Elternhaus haben, das Bildung fördert. Als sozial hingegen gilt es, Bildung zu verordnen, wie es manch wohlgemeinte Bildungspflicht will, und sie gegen die Interessen des Einzelnen durchsetzen zu wollen. Aus guten Absichten wird schnell Entmündigung. Die Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht kann allerdings auch als Voraussetzung dafür verstanden werden, dass Bildung und Bildungsprozesse überhaupt erst möglich werden, weil mit der Abschaffung der Schulpflicht den Eltern ein Vertrauen ausgesprochen wird. Die Schule träte

ihnen dann nicht mehr als Behörde gegenüber, die der Rechtsdurchsetzung dient, sie könnte vielmehr als Ort der Bildungsmöglichkeit auftreten. Schülern würde signalisiert, dass ihnen nicht vor allem als zu disziplinierenden sondern zuerst als neugierigen Menschen begegnet wird.

9. Sozial kann heißen, dass ein jeder das Recht haben soll, ein Studium aufzunehmen, ganz gleich, ob er die dafür unerlässliche Neugierde mitbringt. Sozial kann auch heißen, dem Zweck einer Einrichtung gemäß, z.B. der Universität, Studenten danach auszuwählen, ob sie die Voraussetzungen mitbringen, sich vorbehaltlos auf den ungewissen Ausgang eines Studiums einzulassen, von dem sie nicht wissen, wohin es führt. Wenn der Slogan „Bildung für alle“ bedeuten soll, dass alle ein Studium aufnehmen können sollten, dann fördert dies die Abschaffung der Universität als Ort der Wissenschaft. Aus dem Studium wird, wie wir in den letzten Jahren beobachten konnten, eine höhere Berufsausbildung und damit wird die Universität ihres Zwecks beraubt. Damit berauben wir uns einer wichtigen Quelle der Entstehung von Neuem: des Betreibens von Wissenschaft um ihrer selbst willen. Wir könnten sie dann auch gleich abschaffen.<sup>4</sup>
10. Verschiedene kursierende „Modelle“ des Grundeinkommens<sup>5</sup> werden daran gemessen, ob sie bestimmten Kriterien genügen, denen sich das *Basic Income Earth Network* oder auch das *Netzwerk Grundeinkommen* verschrieben haben. Entsprechend werden sie oft klassifiziert als sozial, liberal oder neoliberal. Allenfalls können das aber Mindestkriterien sein. Zwei Aspekte werden hier vernachlässigt. Zum einen kann es ein BGE geben, das diesen Kriterien entspricht und zugleich in einem totalitären Regime gewährt wird, einem Regime also das Bürgerrechte und Volkssouveränität nicht als seine Grundfesten begreift. Damit wäre also nichts erreicht. Ohne eine freiheitliche-demokratische politische Ordnung kehrt sich das BGE in sein Gegenteil um. Zum anderen wird unterschätzt, wie wichtig es für die öffentliche Diskussion ist, dass auch aus unserer Sicht – der der Initiative *Freiheit statt Vollbeschäftigung* – ungenügende Vorschläge in die Diskussion gebracht werden. Die öffentliche Diskussion ist dazu da, verschiedene Vorschläge in ihrer Tragweite und ihren Voraussetzungen voneinander zu unterscheiden, durch Auseinandersetzung die Meinungsbildung zu fördern – erst dann können die Bürger sich selbst ein Urteil bilden. Harte Kritik ist hierzu manchmal notwendig, nicht aber Verteufelung und Vernebelung der Lage durch unbrauchbare Schlagworte. Darüber, welches BGE wir einmal haben werden, entscheidet der Souverän und das sind wir Bürger.

16. Dezember 2008

---

<sup>4</sup> Nicht zu verwechseln ist das *Studium* im hier gemeinten Verständnis mit der heute zunehmend verbreiteten Rede vom *Studieren*. Studieren im allgemeinen Sinne einer Auseinandersetzung mit welcher Sache auch immer steht jedem offen, solange wir öffentlich zugängliche Bibliotheken usw. haben. Ein *Studium* hingegen dient der Einübung in eine spezifische Berufspraxis, die sich der Fortentwicklung der Wissenschaft verschreibt und damit einem allgemeinen Zweck dient. Dazu gehört es, das Handwerk der Wissenschaft einzuüben, zum Studieren im allgemeinen Sinn ist das nicht notwendig.

<sup>5</sup> Bei einigen handelt es sich nicht um ein BGE in unserem –der Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung – Sinne. All jene Vorschläge, die das Grundeinkommen als Steuergutschrift betrachten, die über eine Negative Einkommenssteuer verteilt wird, halten am Erwerbsideal fest und heben es nicht auf. Vgl. unseren Blogbeitrag: [http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/blog/2007/10/bedingungsloses-grundeinkommen-versus\\_29.htm](http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/blog/2007/10/bedingungsloses-grundeinkommen-versus_29.htm)